

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 3. September 2022

Neues Schuljahr, alte Probleme?

Thilo Hartmann

verweist auf den massiven Fachkräftemangel in den pädagogischen Berufen und die Folgen einer jahrzehntelangen Sparpolitik im Bildungsbereich.

Für gut 800 000 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Hessen beginnt nächste Woche wieder der Unterricht. Ein ganz besonderer Tag steht für die Kinder an, die sich auf eine feierliche Einschulung freuen dürfen. Nicht zuletzt die Schulschließungen aufgrund der Corona-Pandemie haben die Wichtigkeit einer guten schulischen Bildung in Erinnerung gerufen.

Schulen sind nicht nur ein Ort des Lernens. Es geht auch darum, sich mit Gleichaltrigen auszutauschen und Freunde zu treffen. Die Freude über den Schuljahresbeginn steht zunächst im Vordergrund. Doch in diese mischen sich auch Sorgen.

Die vergangenen Krisenjahre haben aufgezeigt, dass unser Bildungssystem nicht gut genug aufgestellt ist, um die wachsenden Aufgaben zu bewältigen. Aufgrund einer jahrzehntelangen Sparpolitik stellt Deutschland weniger Mittel pro Schülerin oder Schüler bereit als viele Nachbarländer. Hessen liegt noch unter dem Bundesdurchschnitt. Die Folgen werden deutlich, wenn sich die Schulen mit unvorhergesehenen Herausforderungen konfrontiert sehen. So haben sich beispielsweise die baulichen Mängel in der Pandemie bitter gerächt: Fehlende Waschbecken, Klassenräume, die durch regelmäßiges Lüften so auskühlen,



Der Gastautor ist Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen.

dass ein konzentriertes Arbeiten kaum möglich ist, keine Anbindung an das schnelle Internet ...

Probleme entstehen auch durch den massiven Fachkräftemangel in den pädagogischen Berufen. Da das Hessische Kultusministerium – ebenso wie die gesamte Kultusministerkonferenz – die Entwicklung der Schülerzahlen falsch kalkuliert hat, wurden in der Vergangenheit viel zu wenige Lehrkräfte ausgebildet. Zwar wurden die Ausbildungskapazitäten inzwischen erhöht, aber das wirkt erst in einigen Jahren.

Unattraktive Arbeitsbedingungen tragen dazu bei, dass Lehrkräfte in andere Bundesländer gehen oder den Beruf ganz aufgeben. Während beispielsweise Thüringen für Grundschullehrkräfte eine Eingangsbesoldung nach A13 eingeführt hat, hält Hessen an der Schlechterstellung gegenüber den anderen Lehrämtern fest. Eine Fol-

ge ist, dass inzwischen rund jede zehnte Unterrichtsstunde von einer nicht adäquat qualifizierten Vertretungskraft gehalten wird. Immer häufiger fällt Unterricht gänzlich aus.

Der Mangel besteht aber auch bei anderen pädagogischen Professionen. Diese gewinnen für Schulen an Bedeutung, etwa für ganztägige Angebote. Doch auch an Erzieherinnen und Erziehern ist der Bedarf groß, denn sie werden in den Kitas ebenso dringend benötigt. Der Anspruch auf einen Ganztags-Grundschulplatz für Kinder, die ab dem Sommer 2026 eingeschult werden, ist an sich erfreulich. Angesichts der Erfahrungen der vergangenen Jahre haben wir allerdings erhebliche Zweifel an den Beteuerungen von Kultusminister Alexander Lorz, dass Hessen gut vorbereitet sei. Für die Bildungsgewerkschaft GEW geht es dabei um mehr als Betreuung, nämlich um ein hochwertiges Bildungsangebot. Wir schätzen, dass in Hessen allein 1000 Grundschullehrkräfte zusätzlich benötigt werden, um den Rechtsanspruch umzusetzen.

Pädagoginnen und Pädagogen wünschen sich Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, die aktuellen Herausforderungen gut zu bewältigen. Von der Landesregierung wünschen wir uns für das neue Schuljahr eine ehrliche Bestandsaufnahme und mehr Engagement für gute Bildung.